

OEKOSKOP

FACHZEITSCHRIFT DER ÄRZTINNEN UND ÄRZTE FÜR UMWELTSCHUTZ • MEDICI PER L'AMBIENTE

OEKOSKOP NR. 2/05

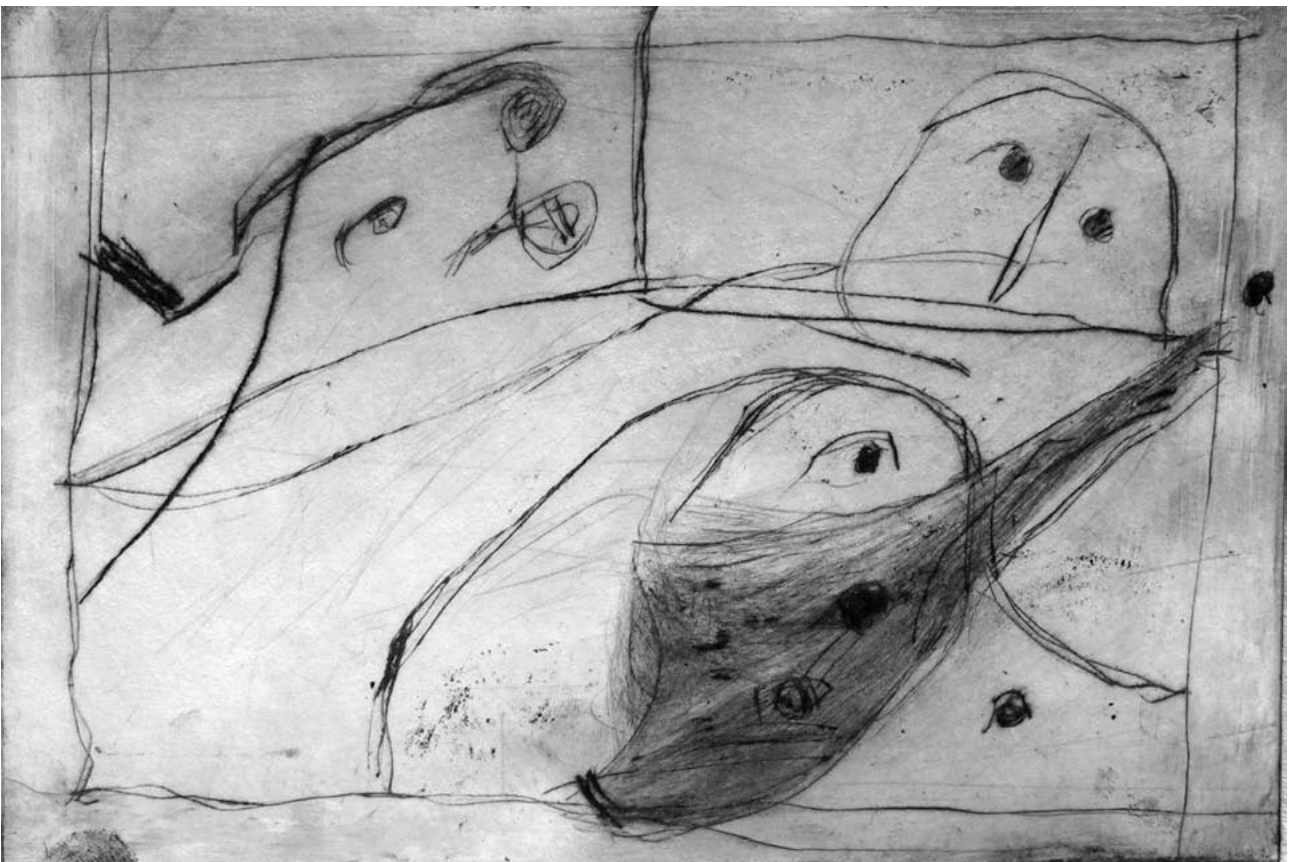
CREDO WIRTSCHAFTS- WACHSTUM



- SACHZWANG
WETTBEWERB
- GEPLÜNDERTE NATUR
- BURNOUT

INHALT

■ Editorial	3
■ Welches und wieviel Wirtschaftswachstum möchten wir? Eric Patry, St. Gallen	4
■ Die geplünderte Natur Urs P. Gasche, Hanspeter Guggenbühl	10
■ Die Burnout-Epidemie Matthias Burisch, Hamburg	14
■ Gesund bewegt – Erfahrungen in der Umsetzung Max Handschin, Gelterkinden	18
■ Schutz bei Hitzewelle Rita Moll, Andreas Biedermann	20
■ Terminkärtchen und Rezeptblätter	23
■ Forum Medizin und Umwelt	24



"Burnout". Radierung
Elsbeth Moll Mongiusti, Kienberg

WIRTSCHAFTSWACHSTUM – WIRKUNGEN UND NEBENWIRKUNGEN

Kaum ein Tag vergeht ohne Klagen über ungenügendes Wachstum und eine angeblich nötige Verstärkung des Wettbewerbs. Die tonangebenden ÖkonomInnen verlangen dabei, dass Wachstumsbremsen gelöst oder gar demontiert werden: Umweltschutz, Demokratie, Sozial- und Menschenrechte.

Als Arzt denke ich bei ungebremstem Wachstum an Krebs, der lebenswichtige Strukturen überwuchert und schädigt und letztlich zum Untergang des Organismus führt. Passiert in unserem Land nicht Ähnliches? Das Siedlungswachstum zerstört täglich Landwirtschaftsland, die Grundlage unserer Nahrungsproduktion. Die Sorge um die eigene Ernährungsbasis hat heute nur noch wenig Gewicht, wie die provokative Umzonung in Galmiz zeigt. Das ständige Wachstum des Verkehrs macht ganze Regionen bald unbewohnbar, seien es Flugschneisen oder Alpentäler.

Obwohl allen denkenden Menschen klar ist, dass dauerndes exponentielles Wachstum in einer endlichen Welt nicht möglich ist, wird gebetsmühleartig das weitere Wachstum beschworen. Als wirksames Mittel wird dafür die „Verschärfung des Wettbewerbs“ verordnet.

Als MedizinerInnen möchten wir gerne etwas über den Behandlungserfolg, die untersuchten Endpunkte und die Nebenwirkungen hören. Wir möchten gerne über alternative Behandlungen Bescheid wissen und gut informiert in eine Behandlung einwilligen können. Die Liste der Nebenwirkungen ist, wie immer bei wirksamen Mitteln, lang:

- *Mehr Wettbewerb verlangt ständig höhere Leistungen. Wer nicht mithalten kann, fällt aus dem System.*
- *Der Verlust von Sicherheiten – in Partnerschaft, beruflicher Laufbahn und in der sozialen Sicherung – führt zu erheblichem Stress, zu Ängsten und Depressionen.*
- *Die häufige Neuanpassung an immer kompliziertere Einrichtungen im Alltag überfordert viele.*
- *Das hohe Tempo und die Beschleunigung ist mit natürlichen Lebensrhythmen nicht vereinbar.*

Die an diesen Nebenwirkungen leidenden Menschen finden wir täglich in unserer Praxis. Stressbedingte Krankheiten, Burnout-Syndrome und psychische Störungen haben ein epidemisches Ausmass angenommen. Sollen wir uns nun freuen über dieses Wachstum? Oder sollen wir nicht eher die Ursachen analysieren und das nebenwirkungsreiche Mittel absetzen oder in der Dosis reduzieren?

Anstelle des Aufputzmittels Wettbewerb wäre es wohl besser, auch dämpfende Mittel einzusetzen, die stabilisierend wirken. U. Gasche und HP. Guggenbühl schlagen als Mittel Lenkungsabgaben, die der Natur einen Preis geben und E. Patry ein erwerbsunabhängiges Grundeinkommen, das überforderten Menschen wieder eine reale Wahl des Lebensentwurfs erlaubt, vor.

Alfred Weidmann, Vizepräsident Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz

REFORM DER ÖKONOMIK

WELCHES UND WIEVIEL WIRTSCHAFTSWACHSTUM MÖCHTEN WIR? Von der Ökonomik der Reform zur Reform der Ökonomik

Eric Patry, Institut für Wirtschaftsethik, Universität St. Gallen

Von allen Seiten her wird Wachstum gefordert. Interessengruppen aus praktisch allen politischen Lagern postulieren mehr Wirtschaftswachstum. Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und das Parlament sind sich weitgehend darin einig, dass nur eine im ökonomischen Sinne wachsende Wirtschaft die anstehenden Probleme zu lösen imstande ist. Nur Wirtschaftswachstum sichere den Lebensstandard, entlaste das Sozialsystem, senke Arbeitslosigkeit und ermögliche die Finanzierung von Gesundheitssystem und Umweltschutz.

Lange Zeit wies die Schweizer Volkswirtschaft vergleichsweise hohe Wachstumsraten auf, doch in den letzten Jahrzehnten ist die Schweiz im europäischen Vergleich langsam zurückgefallen. Ein allgemeines Lamentieren ob der Schweizer „Wachstumsschwäche“ macht sich breit. Die öffentliche Diskussion hat sich darauf verlegt, Faktoren des Wachstums zu identifizieren. Von rechts bis links werden Reformen gefordert, die das erwünschte Wirtschaftswachstum „hervorzubringen“ sollen. Die Reformvorschläge reichen von einer Senkung der Löhne, und der damit verbundenen Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Binnenwirtschaft gegenüber ausländischen AnbieterInnen, bis zur Erhöhung der Löhne und dem damit verbundenen Anstieg der Kaufkraft der heimischen KonsumentInnen. Ein Patentrezept scheint sich indes bereits am Horizont abzuzeichnen: Trotz aller Kontroversen besteht weitgehend Einigkeit darin, dass eine Intensivierung des Wettbewerbs für das herbeigesehnte Wirtschaftswachstum zu sorgen vermag.

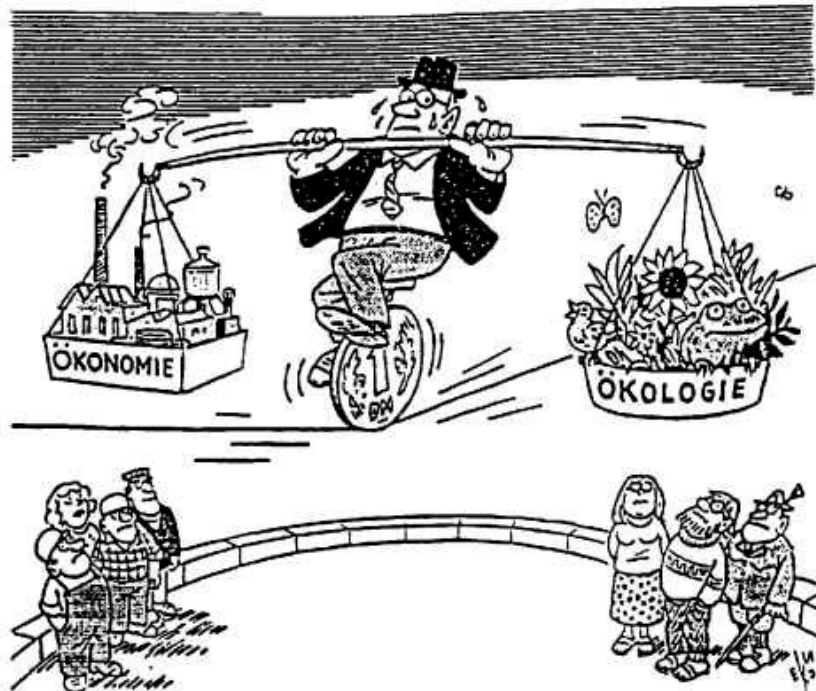
Ökonomik der Reform und Wirtschaftswachstum

In dieses Horn stossen auch die AutorInnen einer gemeinsamen Studie des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA) und Avenir Suisse. Unter dem Titel „Ökonomik der Reform: Wege zu mehr Wachstum in der Schweiz“¹ wird dargelegt, was getan werden muss, um der Schweiz neue Wachstumsimpulse zu verleihen. Für die AutorInnen ist die Schweiz in einem „Reformstau“ gefangen, der in erster Linie auf

die fehlerhafte Ausgestaltung der schweizerischen politischen Institutionen zurückzuführen ist (vgl. S. 34). Es gilt, die reformfeindlichen Faktoren – namentlich Föderalismus, Konkordanz und direkte Demokratie – derart umzugestalten und zu schwächen, dass sie (über-)lebensnotwendige politische Veränderungen nicht mehr behindern. „Wer ‚Föderalismus‘, ‚direkte Demokratie‘ und ‚Neutralität‘ als ‚identitätsstiftende‘ Maximen von ewiger Dauer festschreiben will, verkennt den letztlich instrumentellen Charakter von Institutionen im Wandel der Zeiten“ (S. 107).



REFORM DER ÖKONOMIK



Körbi-Karikatur aus: Neue Westfälische Zeitung v. 27.6.1987

Es ist ihre Funktion, Wachstum zu erzeugen oder dieses wenigstens nicht zu behindern.

Sollen wir unsere politisch-demokratischen Selbstbestimmungsrechte beschneiden, um mehr Wachstum zu erreichen? Was macht Wachstum so viel attraktiver als politische Mitbestimmung? Wirtschaftswachstum bedeutet eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also des Geldwertes der gesamten Produktion von Gütern und Dienstleistungen innerhalb der Landesgrenzen. Das BIP steht für den materiellen Wohlstand, den die ProduzentInnen in einer Volkswirtschaft schaffen. Es kann auf zwei Arten erhöht werden: entweder, indem die Produktivität, oder indem die Zahl der Arbeitsstunden steigt.

Wachstum ist nicht gratis

Inhärentes Wesensmerkmal des Wirtschaftswachstums ist, dass dieses „Mehr“ an Produktion nicht ohne ein – in den meisten Diskursen stiefmütterlich behandeltes – „Weniger“ in anderen Bereichen zu haben ist. Wachstum ist nicht gratis. Es fordert hohe Kosten, die meist unterschätzt werden.

Beim Wachstumsprozess handelt es sich, wie es Prof. em. Hans Christoph Binswanger darlegt, weitgehend um einen Substitutionsprozess: Größen, die nicht im

BIP berücksichtigt sind, werden durch Größen ersetzt, die darin Eingang finden². Marktfremde Werte werden durch marktinterne substituiert. Im Produktionsprozess werden Umweltressourcen verbraucht. Wachstum geschieht über den Austausch einer Volkswirtschaft mit der Natur. Ohne Natur – ohne das Material, das man ihr entnimmt – kann man nichts produzieren. Der Mensch nutzt die Natur als Ressource, als Produktionsfaktor und letzten Endes auch als Senke für seine Abfälle und Emissionen.

Wachstum ist aber nicht nur – und immer weniger – ein blosser Prozess der Umwandlung von natürlichen Ressourcen in wirtschaftliche Faktoren. Es fordert noch Kosten anderer Art: Die Schweiz ist eine reife Volkswirtschaft, die bereits jetzt über ein vergleichsweise hohes Bruttoinlandsprodukt verfügt.

Ein grosser Teil der Wertschöpfung wird im Dienstleistungssektor erwirtschaftet. Im Agrar- und Industrie-sektor lässt sich die Produktivität noch durch Mechanisierung und Automation erhöhen. Doch im tertiären Sektor sind die Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung limitiert, denn Dienstleistungen zeichnen sich durch einen hohen Anteil an menschlicher Arbeit aus. Ein Coiffeur kann etwa seine Produktivität nur begrenzt steigern. Er kann höchstens mehr, jedoch kaum effizienter arbeiten³. Und dieses „Mehr“ an Arbeitsstunden wird der Coiffeur nicht bedingungslos gutheissen.

REFORM DER ÖKONOMIK



Der arbeitende Mensch kann auch aufgrund eines anderen Wachstumsfaktors zu einem Verlierer des Wachstumsdenkens werden. So bedingt etwa eine Erhöhung der Produktivität meist – und zwar je mehr die „Ausbeutung“ der Natur fortgeschritten ist – auch eine grössere Leistungsfähigkeit der ArbeitnehmerInnen. Grenzenlose Leistungsbereitschaft ist aber nicht jedermanns Sache. Sie führt zu Stress und schränkt die Kreativität am Arbeitsplatz ein.

Einer Analyse der Daten des Bundesamtes für Sozialversicherungen zufolge ist in der Schweiz ein Besorgnis erregender Anstieg der Zahl „psychisch Invalider“ festzustellen⁴. Bereits heute beziehen über 100'000 SchweizerInnen aus psychischen Gründen eine Invalidenrente. Das entspricht mehr als 5% der erwerbsfähigen Personen in der Schweiz. In Anbetracht der etwa 150'000 als arbeitslos gemeldeten Personen gewinnt diese Zahl noch weiter an erschreckendem Gewicht. Die mit einem Milliardendefizit kämpfende Invalidenversicherung wird durch diesen Anstieg psychischer Erkrankungen noch weiter belastet. Was ist die Ursache dieser Entwicklung? Unter anderem wird die härter werdende Arbeitswelt genannt. Die Menschen fühlen sich den steigenden Anforderungen nicht mehr gewachsen. Sie sind am Arbeitsplatz überfordert und übermässig belastet. Dies kann zu psychischen Krankheiten wie etwa dem Burnout-Syndrom führen.

Der Sachzwang des Wettbewerbs und seine Parteilichkeit

Es ist also in der Regel erforderlich, dass die Individuen ihr Verhalten laufend verändern und härter oder mehr arbeiten müssen, um Wachstum zu generieren. Nicht jede Person ist jedoch bereit, diese Nachteile frei-

willig auf sich zu nehmen. An dieser Stelle kommt der Wettbewerb ins Spiel. Er zwingt die Wirtschaftssubjekte zu einer äusserst leistungsorientierten Lebensform. Je härter der Wettbewerb, umso stärker sind sie dem Selbstbehauptungsdruck ausgesetzt.

Wer in diesem Wettbewerb nicht mitzieht, dem droht der Verlust seiner Existenzgrundlage. Wenn jede/r MarktteilnehmerIn in erster Linie nach einer Verbesserung der eigenen Wettbewerbsposition strebt, übt er/sie dadurch einen sanften Zwang auf alle anderen aus, es ihm/ihr gleichzutun. Der Wettbewerbszwang ist folglich niemandem persönlich zurechenbar. Es entsteht ein anonymer Sachzwang.

Angesichts der Instanzlosigkeit des anonymen Wettbewerbsprozesses und der Adressatenlosigkeit des Wettbewerbsdrucks bleibt den Wirtschaftssubjekten nichts anderes übrig, als selbst immer wieder neue Quellen der Einkommenserzielung zu erschliessen. Sonst droht ihnen Einkommensverringerung oder gar Erwerbslosigkeit. Nur darum entsteht Wachstum⁵. Ohne diesen Druck ist freiwillig kaum jemand bereit, sein Leben derart auf die Optimierung seiner Wettbewerbsfähigkeit auszurichten. Wir nehmen den Zwang um des Wohlstandes (für alle) willen ein Stück weit gerne in Kauf. Aber eben nicht unbegrenzt.

Die Parteilichkeit der (zwar anonymen) Sachzwänge ist offensichtlich: Diejenigen Wirtschaftssubjekte, die eine unternehmerische Lebensform befürworten, wissen den Wettbewerb auf ihrer Seite. „Wer heute tüchtig ist, wer sich weiterbildet, wer viel arbeitet, spart und vorsorgt, wer Nachwuchs, Arbeitsplätze und Einkommen schafft“⁶, bleibt unabhängig von Staat und Gesellschaft, wie es nicht treffender hätte formulieren werden können. So zutreffend dieser Gedanke leider auch

REFORM DER ÖKONOMIK

ist, muss doch bemerkt werden, dass der Wettbewerb darüber hinaus parteilich zugunsten des Kapitals wirkt: Rentiers und KapitaleinkommensbezieherInnen profitieren übergebührlich, ohne selbst besonders tüchtig sein zu müssen.

Die anderen müssen sich – unter Umständen gegen ihren eigentlichen Willen – den Zwängen des Wettbewerbs fügen. Wieder andere sind aus verschiedenen Gründen (Krankheit, Behinderung etc.) nicht in der Lage, auf dem Markt mithalten. Sie sind von vornherein zu VerliererInnen abgestempelt. Wachstum erfordert, dass die vom Wettbewerb „produzierten“ VerliererInnen immer produktiver werden. Aus dieser Perspektive wird klar, warum (zutreffenderweise!) ein breiter Konsens darin besteht, dass nur ein härterer Wettbewerb für Wachstum sorgen kann. Dabei werden jedoch die „Kosten“ des Wettbewerbsdrucks übersehen. Die Parteilichkeit der ökonomischen Reformlogik wird übrigens auch nicht von den AutorInnen der Avenir Suisse Studie weggeredet. So ist da etwa die Rede von „potentiellen Reformverlierern“ (S. 41) und „asymmetrischer Betroffenheit“ (S. 46). Das sind natürlich die „Interessengruppen“, die „Rent-seeker“ (vgl. S. 36ff.), also die, die nicht „tüchtig“ sind, sondern sich mit unlauteren Mitteln „Sondervorteile“ verschafft haben. Doch diese Individuen und Interessengruppen werden eher als Blockade der (für wen?) notwendigen Reformen denn als Wirtschaftssubjekte mit legitimen Ansprüchen wahrgenommen. Sie werden auch nicht als BürgerInnen ernst genommen, die für einen anderen, nur begrenzt ökonomisch ausgerichteten Lebensstil votieren. Die politischen Institutionen der Schweiz sind nach der „Ökonomik der Reform“ derart zu verändern, dass die VerliererInnen der „Reformen“ diese nicht mehr (als Vetokräfte) behindern können.

Wachstum als Selbstzweck

Wozu benötigt die Schweiz Wachstum? Angesichts der Tatsache, dass viele Wirtschaftssubjekte über Wettbewerb dazu gezwungen werden müssen, einen stark leistungsorientierten Lebensentwurf anzunehmen, um mehr Wachstum zu ermöglichen, drängt sich diese Frage auf. Anscheinend gibt es einen Widerspruch zwischen Wachstum und Wohlbefinden. Wie ist dies aus Sicht der AutorInnen der „Ökonomik der Reform“ zu beurteilen? Entlarvenden Aufschluss gibt folgendes Zitat: „Der gefühlte Wohlstand ist auch in Zeiten mit objektiv niederen Wachstumsraten noch immer ausgesprochen hoch“ (S. 29). Diese „Wohlstandsillusion“ sei nämlich schuld an der zu überwindenden Wachstumschwäche und dem „Reformstau“. Es sei Zeit für umfassende Reformen, also mehr Wettbewerb, Effizienz und Wachstum mit dem (angeblichen) Ziel, den allgemeinen Wohlstand zu steigern (vgl. S. 41). Für Rentsch et al. erhöht ein rasch steigender Leidensdruck in der Bevölkerung die Bereitschaft, sich diesen Neuerungen zu öffnen (vgl. S. 65). Anscheinend ist demnach Wirtschaftswachstum persönlichem Wohlbefinden vorzuziehen. Die Frage, welchem Zweck denn das Wirtschaftswachstum diene, wird in der „Ökonomik der Reform“ nicht direkt beantwortet. Da Wachstum fraglos als Allheilmittel für Probleme aller Art begriffen wird, avanciert es in der Konsequenz zum Selbstzweck, dem alle Anstrengungen zu gelten haben. Wirtschaftswachstum ist indes nicht imstande, alle anstehenden Probleme zu lösen.

So ist, wie gezeigt, mehr Wirtschaftswachstum keineswegs die Patentlösung für die Krise der Schweizer Sozialwerke. Wachstum und der dafür notwendige Marktdruck machen krank, was zum Beispiel die



REFORM DER ÖKONOMIK

Invalidenversicherung stark unter Druck setzt. Wachstum ist nicht nur Lösung der Probleme, sondern vielmehr auch deren Ursache. Wachstum fällt eben nicht wie „Manna vom Himmel“, wie immer noch weite Kreise – selbst und allen voran die Zunft der Ökonominnen – glauben. Es ist nicht der Output einer Blackbox, an der auf der einen Seite nur die richtigen Knöpfe gedrückt werden müssen, damit auf der anderen Wirtschaftswachstum herauskommt. Wir selbst sind Teil dieser Maschinerie. Dies vergessen WachstumsbefürworterInnen von rechts bis links.

Es zeichnet das Wachstumsdenken aus, die von ihm provozierten Probleme durch noch mehr Wachstum bewältigen zu wollen. Schliesslich ermöglicht ein wachsendes BIP, die VerliererInnen zu entschädigen. Dieses Denken findet sich auch im Programm der „Ökonomik der Reform“ wieder. Auf subtile und nicht minder zynische Art impliziert dieser Titel eine rein ökonomische Betrachtung der Reformzusammenhänge. Zweifellos dadurch entstehenden ausserwirtschaftlichen Problemen soll wiederum mit „Ökonomik“ begegnet werden. Der ökonomische Zirkel wird dadurch nicht etwa durchbrochen, sondern noch einmal vertieft. Widerstand wird eben nicht ernst genommen, sondern soll ökonomisch-strategisch bearbeitet werden. Buchstäblich alles soll den „Reformen“ untergeordnet werden, auch die Meinungsbildung – offenbar kein verallgemeinerungsfähiges Unterfangen. Der Ruf nach noch mehr Markt und Wachstum, um die anstehenden Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen, ist dabei nichts anderes als (unzweckmässige) korrektive Symptombekämpfung.

Lebensdienlichkeit als Zweck

Wachstum und der für dessen Entstehen notwendige verstärkte Wettbewerb haben also VerliererInnen zur Folge. Wirtschaftswachstum als Selbstzweck zu verstehen, ist nicht nur deshalb vernünftigerweise untragbar. Der mit Wirtschaftswachstum unvermeidlich gekoppelte Wettbewerb zwingt die Wirtschaftssubjekte zu einer Lebensform, die sie nicht ohne weiteres anstreben und die ihre Lebensqualität negativ beeinträchtigen kann. Dieser anonyme Zwang des Marktes verletzt eines der wichtigsten Prinzipien eines wohlverstandenen *politischen* (und nicht ökonomischen!) Liberalismus: Jeder Mensch soll in der Wahl seines persönlichen Lebensentwurfs, seiner „Konzeption des Guten“⁷, möglichst frei sein. Der unbegrenzte Markt zwingt jedoch die Wirtschaftssubjekte zu einer unternehmerischen Lebensform, in der das Durchsetzungsvermögen und die Selbstbehauptung auf dem Markt zum einzigen Kriterium des Guten und Richtigen avancieren.

Doch ist Marktwirtschaft deshalb nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Einen grossen Teil der Lebensqualität in der Schweiz verdanken wir sicherlich dem oben beschriebenen Mechanismus eines anonym wirkenden Wettbewerbsdrucks. Es kann also nicht Ziel sein, Wettbewerb und Wirtschaftswachstum unreflektierterweise grundsätzlich zu verdammen. Vielmehr sind diese an ihrer *Lebensdienlichkeit* zu messen, daran, dass sie „Wohlstand für alle“⁸ erzeugen, wozu nicht nur käufliche Güter und Dienste zählen, sondern beispielsweise auch Zeitwohlstand. Es gilt die Marktkräfte dort in ihre Schranken zu weisen, wo sie *ursächlich* für ethisch untragbare Entwicklungen verantwortlich sind und als nicht mehr lebensdienlich beurteilt werden können.

Die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen. Sie ist Mittel, das gute Leben und Zusammenleben der Menschen Zweck. Ob, wieviel und welches Wirtschaftswachstum in der Schweiz erwünscht ist, bestimmt sich nach dessen Lebensdienlichkeit, die selbstverständlich im demokratischen Deliberationsprozess zu bestimmen ist. Es gilt ethisch „gutes“ Wachstum zu verfolgen und so die Probleme an der Wurzel zu packen, anstatt durch den Wachstumszwang produzierte Ungerechtigkeiten wiederum durch noch mehr Wachstum (scheinbar) auszugleichen.

Zivilisierung des Marktes

Diese imaginäre Grenze des Marktes, ab der eine weitere Verstärkung des Wettbewerbs nicht mehr als lebensdienlich bezeichnet werden kann, ist indes nicht objektiv feststellbar. Implizit vertreten die AutorInnen der „Ökonomik der Reform“ die Ansicht, dass diese Grenze gar nicht bestehe. Die ständige Beurteilung der notwendigen Grenzen der Marktwirtschaft obliegt jedoch nicht einer einzigen Institution wie Avenir Suisse, sondern einzig und allein der kritischen Öffentlichkeit. Potentielle VerliererInnen haben dort die Möglichkeit, ihren legitimen Ansprüchen Gehör zu verschaffen. Im öffentlichen Diskurs soll bestimmt werden, wieviel Wirtschaftswachstum in der Schweiz erwünscht ist.

In diesem Sinne direkt angesprochen sind dabei die politisch-demokratischen Institutionen. Es ist deren Funktion, den im öffentlichen Diskurs fallenden Argumenten eine Aufnahme in den politischen Prozess zu ermöglichen. Auf diesem Weg soll die erwünschte Zivilisierung der Marktwirtschaft im Sinne ihrer politischen Ausrichtung auf die Lebensdienlichkeit erfolgen. Unabdingbar sind dabei die demokratischen Entscheidungsprozesse in der Schweiz. Direkte Demokratie, Föderalismus und Konkordanz sind alles schweizerische politische Institutionen, die den VerliererInnen des Wachstums die Möglichkeit geben, ihre Ansprüche in die Politik einfliessen zu lassen, um so die politisch (und nicht ökonomisch!) zu

REFORM DER ÖKONOMIK

setzenden – Grenzen der Lebensdienlichkeit des Marktes mitzubestimmen. Kein Wunder werden diese politischen Instrumente in der „Ökonomik der Reform“ als reformfeindlich gewertet. Aus wirtschaftsethischer Sicht wird aber in diesem Sinne das Primat der Politik vor der Wirtschaft gefordert. Demokratische Rechte müssen, entgegen den Forderungen von Avenir Suisse, gegenüber den wirtschaftsliberalen Kräften gestärkt werden. Über den Weg der Politik ist es möglich, den Wettbewerb in ethisch gehaltvolle Spielregeln einzubetten und ihn dadurch zu zivilisieren.

Reform der Ökonomik

Klaus Wellershoff, Chefökonom der UBS, kommt zum Schluss, dass es den SchweizerInnen vergleichsweise gut geht⁹. Trotz schleppender Wachstumsraten ist die Arbeitslosigkeit seit 1993 leicht zurückgegangen. Das tiefe Wachstum der Schweiz hänge mit den Präferenzen seiner EinwohnerInnen zusammen. Laut Wellershoff ziehen es die SchweizerInnen offenbar vor, weniger zu arbeiten, was sich negativ auf das Wachstum auswirkt. Ihre Lebensqualität scheint indes keineswegs darunter gelitten zu haben. Wachstum ist eben kein Selbstzweck und auch nicht kostenlos zu haben, sondern Mittel zum Zweck des guten Lebens der BürgerInnen.

Zahlreichen ÖkonomInnen mangelt es an kritischer Distanz gegenüber Wirtschaftswachstum und Wettbewerb. Diese bilden für sie immer schon die Lösung, nicht aber ein mögliches Problem. Das Wachstumsdenken in der Ökonomie ist implizit von Werturteilen durchzogen (wie z.B. „Wachstum ist gut für alle!“), die aufgedeckt und somit überhaupt argumentationszugänglich gemacht werden müssen. Es ist immer danach zu fragen, für wen konkret eine vorgeschlagene Handlungsweise oder die Umgestaltung einer Institution „wünschenswert“ ist und für wen nicht.

Letztlich lassen sich soziale Konflikte nicht rein ökonomisch lösen. Die Beantwortung solcher Gerechtigkeitsfragen erfordert vielmehr eine ethische Grundlagenreflexion. Es gilt die ethische Legitimitätsbedingung in das ökonomische Denken zu integrieren¹⁰. Eine solche „Reform der Ökonomik“ genießt in dieser Hinsicht unbedingten Vorrang vor einer „Ökonomik der Reform“.

Weder unbegrenzte Marktöffnung und Wettbewerbsintensivierung, noch eine Verstärkung der herkömmlichen kompensatorischen Sozialpolitik, die lediglich die symptomatischen Folgen der strukturellen Ohnmacht der BürgerInnen mit nachträglicher Umverteilung teilweise zu korrigieren versucht, ohne an den tiefer liegenden Ursachen anzusetzen, sind lebensdienliche, zweckmässige Reformvorhaben¹¹.

Um dem möglichen Vorwurf der grundsätzlichen Reformfeindlichkeit im Voraus zu begegnen, soll zum Schluss kurz eine mögliche Alternative aufgezeigt werden: Gefordert ist nämlich vielmehr eine Gesellschaftspolitik, die einerseits chancengleiche Integration in den marktwirtschaftlichen Prozess, und andererseits partielle Emanzipation aus den Zwängen des ökonomischen Systems ermöglichen soll¹². Im Raum steht etwa die Gewährung eines unbedingten – also unabhängig vom individuellen Wohlstand oder von irgendeinem anderen Kriterium ausgezahlten – Grundeinkommens für alle¹³. Die Existenzsicherung wird dadurch auf zwei Beine gestellt: Zum Erwerbseinkommen gesellt sich dieses erwerbsunabhängige Grundeinkommen. Dadurch wird jedem Bürger und jeder Bürgerin die freie Wahl der bevorzugten Lebensform erleichtert. Die teilweise Entkoppelung des Einkommens von der Arbeit schwächt den Zwang zu einem erwerbs- und leistungsorientierten Lebensentwurf ab und ermöglicht so reale Wahlfreiheiten.

*Eric Patry, Institut für Wirtschaftsethik,
Universität St. Gallen, www.iwe.unisg.ch*

Literatur

- 1 Hans Rentsch/ Stefan Flückiger/ Thomas Held/ Yvonne Heiniger/ Thomas Straubhaar (2004): Ökonomik der Reform: Wege zu mehr Wachstum in der Schweiz, Avenir Suisse und HWWA, Orell Füssli Verlag, Zürich.
- 2 Vgl. Hans Christoph Binswanger (1991): Geld und Natur: Das wirtschaftliche Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie, Ed. Weitbrecht, Stuttgart, S. 34.
- 3 Vgl. NZZaS, 01.08.2004, S. 15.
- 4 Vgl. NZZaS, 20.02.2005, S. 13. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, wie zynisch eigentlich die immer noch rege verwendete Bezeichnung „in-valid“, also „nichts-wert“, verstanden werden kann.
- 5 Vgl. Ulrich Thielemann (1996): Das Prinzip Markt: Kritik an der ökonomischen Tauschlogik, Haupt, Bern, S. 312.
- 6 Filippo Leutenegger, Tagesanzeiger, 25.02.2005.
- 7 John Rawls (1998): Politischer Liberalismus, Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- 8 Ludwig Erhard (1957): Wohlstand für alle, Econ Taschenbuch Verlag, Düsseldorf.
- 9 Vgl. Weltwoche Nr. 18/2003.
- 10 Vgl. Peter Ulrich (2001): Integrative Wirtschaftsethik: Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, 3. Auflage, Haupt, Bern.
- 11 Vgl. Peter Ulrich (2005): Zivilisierte Marktwirtschaft: Eine wirtschaftsethische Orientierung, Herder, Freiburg, S. 92.
- 12 Vgl. Peter Ulrich (2001), S. 269ff.
- 13 Hier soll nur kurz darauf eingegangen werden. Für eine detaillierte Darstellung siehe: Philippe van Parijs (1995): Real freedom for all: What (if anything) can justify capitalism?, Oxford Clarendon Press, Oxford.

DIE GEPLÜNDERTE NATUR

Auszug aus dem Buch „Das Geschwätz vom Wachstum“, Urs P. Gasche, Hanspeter Guggenbühl

Die Gratisnutzung der Natur verzerrt den Markt zu Lasten von natur- und umweltschonenden Produktionsmethoden und zum Nachteil von naturverträglichem Konsum. Es ist die Aufgabe der Politik, die Regeln der Marktwirtschaft so festzulegen, dass niemand die Natur ungeschoren ausbeuten und schädigen kann.

Wie die wachsende Wirtschaft die Lebensgrundlagen zerstört

„Positive Situation auf dem Wohnungsmarkt“, titelte das Bundesamt für Statistik und meldete erfreut: Die Zahl der neu erstellten Wohnungen in der Schweiz ist im Jahr 2003 um 4 Prozent gestiegen. Die Zahl der neuen Baubewilligungen hat sogar um 13 Prozent zugenommen. Im Jahr 2004 gibt es also noch mehr neue Wohnungen. Deshalb wird die nächste Jahresmeldung des statistischen Amtes noch erfreuter ausfallen. (Nachtrag der Verfasser: Diese „nächste Jahresmeldung“ ist inzwischen erschienen. Darin heisst es: „Im Jahr 2004 stieg die Wohnungsproduktion in der Schweiz um 10 Prozent gegenüber dem Jahr 2003. Getragen wurde dieses positive Resultat von allen Agglomerationen.“)

Die „positive Situation“ beim Wohnungsbau hat ihre Kehrseite: „Jeden Tag verschwinden in der Schweiz elf Hektaren Kulturland“. Das stellte dasselbe Bundesamt bei anderer Gelegenheit fest. Der Grossteil dieses Kulturlands wurde überbaut: „Die Siedlungsflächen haben innert zwölf Jahren um 327 Quadratkilometer zugenommen. Diese Fläche ist grösser als das Kantonsgebiet von Schaffhausen“, konstatierten die StatistikerInnen und beklagten den „anhaltenden Druck auf die unverbaute Landschaft“.

Weil die Städte und ihre Vororte schon weitgehend überbaut und lärmig sind, zügeln die Leute hinaus ins Grüne. Neue Wohnungen entstehen vorwiegend am Rande der Agglomerationen und zu einem grossen Teil als raumgreifende Einfamilienhäuser. Damit die neuen LandbewohnerInnen bequem hausen können, benötigen sie neue Möbel, Teppiche, Vorhänge, Haushaltgeräte und Energie. Damit sie ihre Arbeitsplätze weiterhin erreichen, braucht es mehr Autos und mehr Bahnabonnements, mehr Strassen, mehr Bahnverbindungen und mehr Lärmschutzwände. Forcierter Wohnbau, den der Staat mit Steueranreizen subventioniert, lässt die Wirtschaft besonders stark wachsen.

Die Eroberung der unverbauten Landschaft beschleunigte sich seit Beginn der Hochkonjunktur in den Fünfzigerjahren. „Seither haben drei Generationen mehr Land verbraucht als alle Generationen zuvor“, konstatiert

Lukas Bühlmann, Direktor der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung. Am Ende des Zweiten Weltkriegs war in der Schweiz noch weniger als halb so viel Land besiedelt wie heute. Die überbaute Fläche wuchs also um über 100 Prozent, obwohl die Bevölkerung nur um 50 Prozent zunahm, und obwohl die Bauten sich nicht nur in die Breite ausdehnten, sondern auch höher wurden.

Der Bau von mehr Wohnungen, der die Wirtschaft kurzfristig ankurbelt, beeinträchtigt die Natur und Landschaft indessen langfristig. Wohn-, Industrie- und Bürobauten oder Zweitwohnungen in den Bergen sowie die dazugehörigen Verkehrswege prägen unseren Lebensraum während Generationen. Die Baulobby wird dafür sorgen, dass der Staat die Bauerei weiterhin fördert und steuerlich subventioniert. Wer will denn schon dagegen sein, wenn ParlamentarierInnen über fast alle Parteigrenzen hinweg ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum fordern?



Jeden Tag verschwinden in der Schweiz elf Hektaren Kulturland. Foto: Martin Furter, Böckten

Wenn Siedlungen in die Landschaft hinauswuchern, schrumpft nicht nur die Fläche, sondern auch die Qualität von Natur- und Kulturland. So legten unsere Vorfahren ihre Obstgärten und Obstbäume traditionellerweise in der Nähe ihrer Dörfer an. Von der Ausweitung der Bauzonen sind diese Baumzonen besonders betroffen: Jährlich verschwinden in der Schweiz rund 100 000 Obstbäume, ermittelte das Bundesamt für Raumentwicklung. Mit den Bäumen verlieren auch Insekten und Vogelarten ihren Lebensraum.

Zusätzlich belastet die intensivierete Landwirtschaft das verbleibende Kulturland und beeinträchtigt die Landschaft: „Im Wettstreit der verschiedenen Nutzungsinteressen“, so kommentieren die Raumplaner, „wurden die Anliegen zum Schutz von Natur- und Landschaft offensichtlich nicht genügend erkannt oder geringer gewichtet“.

Keine Wirtschaft ohne Natur

Der Stellenwert der Natur hat generell abgenommen. Das bestätigt der «Sorgenbarometer» der Credit Suisse: Ende 2003 machten sich 20 Prozent der Schweizer Bevölkerung Sorgen über die Wirtschaftsentwicklung (Tendenz steigend), aber nur 12 Prozent über die Umwelt (Tendenz sinkend). Kein Wunder, denn die Medien berichten weit häufiger über die Wirtschaft und die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts als über den Zustand der Natur.

Bei dieser Gewichtung geht eine banale Feststellung vergessen: Ob wir Häuser bauen oder im Büro arbeiten, ob wir Auto fahren oder Bier trinken, ob wir Sport treiben oder Bücher lesen: Wir brauchen dazu Natur. Alles Leben auf der Erde hängt von guter Luft, sauberem Wasser, einem erträglichen Klima, einer fruchtbaren Humusschicht sowie von Pflanzen und Tieren ab. Ohne Natur gibt es kein Leben – und auch keine Wirtschaft.

Darum müssten eigentlich die VertreterInnen der Wirtschaft speziell dafür sorgen, dass es der Natur gut geht. Aber haben Sie schon einmal einen Unternehmer gehört, der sagte, wir brauchen ein „Wachstum der Natur“? Das Gegenteil ist der Fall: Die Unternehmer beschwören das „Wachstum der Wirtschaft“ und missachten die Natur. Kurzfristige Erfolge zählen im täglichen Konkurrenzkampf mehr als langfristige Wohlfahrt. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, die Regeln der Marktwirtschaft so festzulegen, dass niemand die Natur ungeschoren ausbeuten und schädigen kann.

Doch die Mehrheit der InteressenvertreterInnen im Parlament kümmert sich ebenfalls weniger um die natürlichen Lebensgrundlagen; sie sorgen sich vielmehr

um den wirtschaftlichen Standortwettbewerb. Denn internationale Konzerne produzieren mit Vorliebe in Ländern, wo der Staat die Interessen künftiger Generationen überhaupt nicht wahrnimmt. Billiger zu produzieren bringt ihnen Marktvorteile. Höhere Umsätze und Gewinne werden von der Wirtschaftspressen auch dann mit Beifall bedacht, wenn die Natur leidet.

Da hilft kein Katalysator

Wenn Grüne klagen, die wachsende Wirtschaft mache die Natur kaputt, behaupten die BuchhalterInnen des Bruttoinlandproduktes (BIP), mehr Umweltschutz lasse sich nur mit Wirtschaftswachstum finanzieren. «Mehr Wachstum sichert die Mittel für den Umweltschutz, zum Beispiel Lärmschutz und Wärmeisolation, und ermöglicht überhaupt erst marktwirtschaftliche Ansätze zur Dämpfung der Umweltbelastung», schreibt zum Beispiel die FDP in ihrem „Wachstumsprogramm“ von 2002. Wir müssen also weiter wachsen, das heisst mehr produzieren und konsumieren, damit wir uns und unsere Umwelt vor den Abfällen, Abwässern und Abgasen besser schützen können, welche die wachsende Produktion und der wachsende Konsum verursachen.

Die kleine Geschichte

Das erinnert an eine kleine Geschichte, die uns der Kabarettist Franz Hohler vor Jahren erzählte: Es gab einmal einen Händler, der wollte den Elchen Gasmasken verkaufen. Deshalb reiste er in den hohen Norden und unterbreitete den Elchen sein Angebot. „Wozu sollen wir Gasmasken kaufen. Die Luft ist gut hier oben wir brauchen keine Gasmasken“ entgegnete der Oberelch und lehnte das Angebot dankend ab. „Ihr werdet die Gasmasken schon noch brauchen“, sagte darauf der Verkäufer. Kurze Zeit später baute er im Wald, wo die Elche wohnten, eine Fabrik, die riesige Schwaden von giftigen Abgasen in die Elchreviere strömen liess. Die Elche begannen ganz fürchterlich zu husten, und ihre Augen tränten. Da wandte sich der Oberelch wieder an den Händler und sagte ihm: „Jetzt brauchen wir doch Gasmasken.“ „Seht ihr, ich habs euch ja gesagt“, frohlockte der Händler, und er lieferte allen Elchen im Wald Gasmasken. Nachdem die Elche die Gasmasken bezahlt hatten, fragte der Oberelch den Verkäufer noch, was er denn produziere in seiner Fabrik, die so fürchterliche Abgase absonderte. „Gasmasken“, antwortete der Händler, „nur Gasmasken“.

In unseren Breiten verkauften die AbgasproduzentInnen keine Gasmasken, um Menschen und Tiere vor ihren giftigen Abgasen zu schützen. Bevor die Luft allzu giftig wurde, hat der Staat die ProduzentInnen rechtzeitig gezwungen, Abluftfilter in ihre Fabriken einzubauen und die Personautos mit Abgaskatalysatoren auszurüsten. Ausserdem mussten Raffinerien den Schwefelgehalt in den Erdölprodukten reduzieren, was den Ausstoss von Schwefeldioxid senkte.

Diese Reinigungstechnik hat die Luftverschmutzung in einigen Industriestaaten, speziell in der Schweiz, spürbar vermindert. Auch die Seen und Flüsse in der Schweiz sind sauberer geworden, weil heute Hunderte von Abwasserreinigungsanlagen den Dreck wieder herausfiltern, den die wachsende Bevölkerung und die wachsende Wirtschaft in die Kanalisationen leiten. Doch nicht das Wirtschaftswachstum hat diese Teilerfolge im Umweltschutz ermöglicht, sondern der Staat, der strengere Abgas- und Abwasservorschriften erliess und für Milliarden von Franken Abwasserreinigungsanlagen subventionierte.

Die Reinigungsindustrie stösst aber an Grenzen. Folgende schwer wiegende Umweltprobleme lassen sich selbst mit modernster Technik nicht beseitigen:

- Hightech kann die Verbauung von Land und Landschaft ebenso wenig verhindern wie den Raubbau an Bodenschätzen.
- Es gibt keine Katalysatoren gegen die Zerstörung von Naturräumen oder den Schwund der Artenvielfalt.
- Auch die riesigen Mengen des Treibhausgases CO₂, das bei der Verbrennung von Erdöl, Kohle und Erdgas entsteht und den Klimawandel fördert, lassen sich nicht herausfiltern.

Trotzdem behaupten führende PolitikerInnen und Parteien unverdrossen, nur eine wachsende Wirtschaft könne die Umweltprobleme beseitigen und die Natur intakt halten.

Kein Preis, kein Wert

Die Fakten widerlegen das Versprechen, die Wirtschaft könne wachsen und der Naturverbrauch trotzdem abnehmen. Dafür gibt es einen einfachen Grund: Die Natur, die zentrale Grundlage unserer Wirtschaft, hat keinen Preis. Während wir für Arbeit Lohn und für Kapital Zins bezahlen müssen, nutzen ProduzentInnen und KonsumentInnen die Natur als Gratiswarenlager.

Das Rohöl in der Erde, die Fische im Meer oder die saubere Luft kosten nichts. Das führt nicht nur zur Verschwendung, sondern auch zu einer Verfälschung des Wettbewerbs. Die Gratisnutzung der Natur verzerrt den Markt zu Lasten von natur- und umweltschonenden Produktionsmethoden und zum Nachteil von naturverträglichem Konsum.

Im Alltag fällt es uns kaum auf, dass die Güter der Natur gratis sind: Niemand kann sein Auto gratis tanken, seinen Öltank gratis füllen lassen oder die Fischfilets kostenlos abholen. Wir bezahlen allerdings nicht die Naturgüter selber, sondern nur die Kosten für das Ausbeuten und Transportieren.

Gegen die Gratisnutzung der Natur war so lange nichts einzuwenden, als die Menschheit nur so viele Naturgüter verbrauchte, wie die Natur regenerieren kann. Übertragen auf die Sprache der Ökonomie heisst das: Wir müssen von den Zinsen leben, dürfen nicht vom Kapital zehren. Während Jahrtausenden haben sich frühere Generationen daran gehalten. Sie bauten und heizten mit Holz, schonten die Fruchtbarkeit von Feldern und Meeren, segelten mit Windkraft um die Welt und gewannen die Stoffe für Kleider und andere Textilien aus nachwachsenden Rohstoffen. Mit Ausnahme von lokalem Raubbau lebten die Menschen bis ins 18. Jahrhundert mit dem Zins, den das Kapital der weltweiten Natur abwarf.

Naturschätze ungleich verteilt

Doch mittlerweile nimmt die Menschheit mehr, als die Natur erneuern kann: Der gesamte Naturverbrauch der Weltbevölkerung ist heute bereits anderthalb bis zweimal so hoch wie die natürliche Regenerationsfähigkeit der Erde. Das schätzen WissenschaftlerInnen, die mit unterschiedlichen Methoden den verfügbaren «Umweltraum» oder die «ökologische Kapazität» der Erde mengenmässig erfasst haben.

Allein die Emissionen von CO₂ sind heute wie erwähnt zweimal so gross wie die Menge, die Ozeane, Wälder und andere Pflanzen aufnehmen können. Deshalb reichert sich das CO₂ in der Atmosphäre an.

Die Menschheit plündert also in zunehmendem Masse das Kapital der Natur, bestehend aus Luft, Wasser, Humusschicht, Tier- und Pflanzenwelt und Bodenschätzen. Das gilt vor allem für die westlichen Industriestaaten.

Eine noch grössere Diskrepanz zwischen den reichsten 20 Prozent und der ärmeren Hälfte der Menschheit stellte Klaus M. Leisinger schon 1996 fest: «Die wenigen Reichen sind im Grossen und Ganzen ökologisch zehn- bis fünfzehnmal destruktiver als die drei bis

3,5 Milliarden in Armut lebenden Menschen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas», schrieb er und folgerte daraus: «Das globale ökologische Resultat des Handelns in Industrieländern ist dramatisch.»

Mehr Effizienz statt Wachstum

In dieser Situation stellen sich den reichen Industriestaaten zwei Aufgaben. Einerseits müssen sie ihren eigenen Verbrauch an Energie und Rohstoffen sowie ihre Abgase und Abfälle auf ein Mass senken, das die Kapazität und die Regenerationsfähigkeit des weltweiten Naturraumes langfristig nicht übersteigt. Andererseits sollten sie den armen Staaten helfen, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern, ohne dass diese die Natur künftig im gleichen Ausmass ausbeuten, wie es die Industriestaaten heute tun. Die Dritte Welt braucht Entwicklung, doch diese darf sich nicht am heutigen verschwenderischen Produktions- und Konsumverhalten der Industriestaaten orientieren. Was wiederum voraussetzt, dass die «ökologisch destruktiven» (Leisinger) Industriestaaten ihren viel beschworenen Kurswechsel endlich einleiten.

Die Entwicklung in der Vergangenheit hat gezeigt: Mit Wirtschaftswachstum unter den heutigen Rahmenbedingungen lassen sich diese Ziele nicht erreichen. Im Gegenteil: Weiteres BIP-Wachstum in den reichen Staaten verschärft die Situation und verhindert, dass die Armen gegenüber den Reichen aufholen können. Stattdessen gilt es, nicht erneuerbare Energie und Rohstoffe einerseits produktiver zu nutzen und andererseits

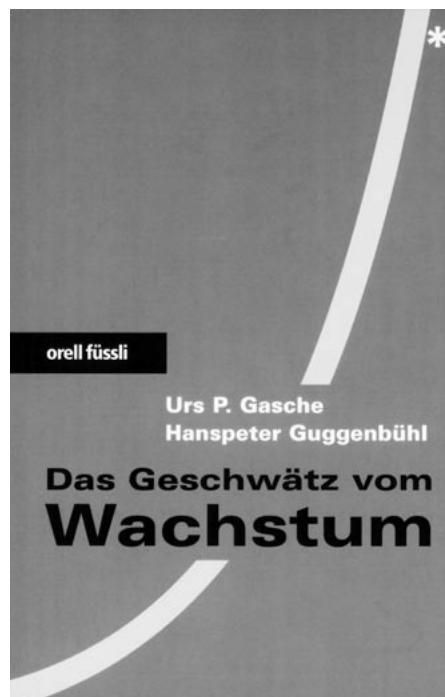
vermehrt durch erneuerbare Naturgüter oder rohstoffärmere Tätigkeiten zu ersetzen.

Mit Umweltabgaben umlenken

Mehr Effizienz und Suffizienz entstehen nicht von alleine. Es braucht entsprechend neue Spielregeln für den Markt. Dazu gehören Vorschriften und Verbote und vor allem finanzielle Anreize in Form von Umweltabgaben und Steuererleichterungen. Umweltabgaben geben der Natur einen Preis. Wer die Natur übernutzt, muss bezahlen, wer sie schont, wird finanziell belohnt. Das entspricht dem Verursacherprinzip. Plötzlich werden dann viele Investitionen rentabel, welche die ökologische Effizienz verbessern. Es lohnt sich finanziell, erneuerbare statt nicht erneuerbare Energien zu nutzen und Tätigkeiten, die viel Energie und Material verzehren, zu unterlassen oder durch immaterielle Tätigkeiten oder Vergnügen zu ersetzen.

Solche Abgaben müssen weder die Steuer- noch die Staatsquote erhöhen. Den Ertrag kann man verwenden, um Investitionen zum Energie- und Materialsparen finanziell zusätzlich zu fördern. Oder man kann mit dem Geld aus den Umweltabgaben andere Steuern und Abgaben senken, etwa die Sozialabzüge auf den Arbeitseinkommen. In diesem Fall erweitern sich Umweltabgaben zur ökologischen Steuerreform.

Urs P. Gasche, Hanspeter Guggenbühl. Das Geschwätz vom Wachstum. 2004. Orell Füssli Verlag AG Zürich ISBN 3-280-05101-0



DIE BURNOUT-EPIDEMIE

Prof. Dr. Matthias Burisch, Fachbereich Psychologie Universität Hamburg

Eine weltweite Pandemie, so kennzeichneten Robert Golembiewski et al.⁴ Burnout im Untertitel eines Buches von 1996. Ist das richtig gesehen? Und wenn ja – hat das etwas mit den gesellschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahre zu tun?

Wer sich diesem Thema stellt, trifft auf mindestens folgende drei Schwierigkeiten:

- Burnout ist zwar in aller Munde, dennoch ein noch immer weitgehend undefiniertes Phänomen.
- Burnout ist etwas, das *im* Menschen verläuft und schwer objektivierbar ist. Wie und wodurch ausgelöst, dazu hat die Literatur der letzten 30 Jahre zwar einige Dutzend Theorien und Hunderte zahlenreicher Untersuchungen hervorgebracht, aber noch keine schlüssigen Belege.
- Ob und wie die weiteren Rahmenbedingungen für die Entstehung und Aufrechterhaltung von Burnout eine Rolle spielen, ist erst recht ungeklärt. Man muss also bereit sein, sich auf Spekulationen einzulassen, sich mit Plausibilitäten zufrieden geben. Wir wissen nicht einmal, ob Burnout häufiger wird; auch dafür gibt es nur Indizien, die zwar ziemlich massiv, aber indirekter Natur und nicht über jeden Zweifel erhaben sind.

Bevor ich nach diesen Selbstentlastungen mit den angekündigten Spekulationen beginne, doch noch ein paar Sätze zu den obigen Schwierigkeiten.

Was ist Burnout?

Breitesten Kreisen der Schweiz geriet der Begriff in den Blick im November 2004 durch den Rücktritt des damaligen FDP-Vorsitzenden Rolf Schweiger, den dieser mit der Selbst-Diagnose „Burn-out“ und den Worten begründete: „Die damit verbundenen Erschöpfungszustände und Blockaden verunmöglichen es mir, die mir übertragene Verantwortung weiterhin angemessen wahrzunehmen“. Also auch dieser, vom Norden Deutschlands aus betrachtet, helvetische Hort der Gelassenheit scheint infiziert. (Er ist es natürlich längst, sogar im Tessin³). Auch sonst reicht das nationale Burnout-Alphabet von Ägypten bis Vereinigte Arabische Emirate⁵.

Und dennoch, oder auch deshalb: Burnout ist nach wie vor eine begriffliche Qualle. Daran ändert nichts, dass es mehrere „operationale“ Definitionen in Form von Fragebögen gibt, vor allem das sog. Maslach Burnout Inventory (MBI), das die empirische Forschung zu etwa

90% dominiert. Nicht nur, dass die handwerklich-technischen Qualitäten des MBI zu wünschen übrig lassen; es bedeutet eine unzulässige Verkürzung und Verarmung, das Phänomen Burnout auf die drei Testpunktwerte zu reduzieren, die das MBI hergibt.

Am 1. Kongress von SwissBurnout, einer noch recht jungen, aber aktiven und vielversprechenden Vereinigung zur Erforschung und Bekämpfung des Burnout-Syndroms (www.swissburnout.ch), habe ich im Oktober 2004 in Gais bei St. Gallen den Vorschlag wiederbelebt, liegengebliebene definitorische Arbeit nachzuholen, und war von der Resonanz angenehm überrascht. Das Ergebnis dieses Projekts kann auch sein, dass es einen begrifflichen Kern *nicht* gibt, dass also jede(r) etwas anderes unter Burnout versteht. Aber das scheint eher unwahrscheinlich. Und so weit sind wir noch nicht.

Wie entsteht Burnout?

Meine eigene, berufs- und lebenssituations-unspezifische Theorie sieht Burnout als *eine* mögliche Folge von „Stress II. Ordnung“: Der Erfahrung von Hilflosigkeit bei der Bewältigung von Stress I. Ordnung. Derlei mag bspw. die junge Assistenzärztin erfahren, die sich in Selbstverwaltungsgremien engagiert, um irgendwie „die Arbeitsbedingungen zu verbessern“, die sie als „stressig“ empfindet. Das müsste doch zu machen sein, oder? Beisst sie dabei auf Granit (oder, wohl noch schlimmer, fallen ihr dabei die vermeintlichen MitkämpferInnen in den Arm oder in den Rücken), dann ist einem Burnout-Prozess der Boden bereitet. Denn dann sitzt sie in einer „Falle“, oder weniger dramatisch, „Zwickmühle“: Rückzug wäre Kapitulation, aber vorne geht es auch nicht weiter. Ähnliche Fallen kennen MedizinerInnen offenbar weltweit. Schon vor mehr als zwei Jahrzehnten erschien eine australische Studie an niedergelassenen AllgemeinärztInnen¹; eine nicht einmal 10 Jahre alte deutsche Publikation⁹ ist überschrieben *Ende eines Traumberufs?* Mittlerweile gibt es Literatur zur genannten Berufsgruppe, auch aus deutschsprachigen Ländern, *en masse*.



Die Karriere des Begriffs Burnout treibt zuweilen merkwürdige Blüten.
Foto: Martin Furter, Böckten

„Falle“ – so eine Situation kann individuell ganz unterschiedlich aussehen. Gemeinsam ist allen Bautypen das Gefühl von Hilf-, Hoffnungs- und Ausweglosigkeit. In einem beträchtlichen Teil der Fälle, so mein Eindruck, spielen menschlich sympathische, aber dennoch subjektive Barrieren die Rolle der Käfigstäbe. „Ich kann doch die PatientInnen nicht im Stich lassen!“ LeserInnen werden genug Phantasie besitzen, sich auszumalen, in wie vielen verschiedenen Lebenssituationen dieser Gedanke ausgelöst werden kann – und dass er zuweilen *auch* Realitätsverzerrung signalisieren kann.

Perspektivenwechsel, ich schreibe ja für ÄrztInnen: Wenn Ihnen PatientInnen mit schier unerklärlichen Erschöpfungssymptomen begegnen, dann fördert die Frage nach der beruflichen und/oder privaten Situation möglicherweise eine profunde Unzufriedenheit mit derselben zu Tage. Sogar eine todgeweihte Ehe oder Partnerschaft kann als Falle erlebt werden („Die Kinder!“). Häufiger werden Sie Geschichten hören wie „Das unmögliche Projekt“ (Ich soll den Laden auf Vordermann bringen, bekomme aber nicht die Mittel dazu), „Die verhasste Karriere“ (Ich wollte vorankommen, aber seit ich Vorgesetzter bin, geht alles schief; ich kann nicht führen, und ich *will* es auch gar nicht) oder „Die richtige

Frau am falschen Platz“ (Ich bin für die Krankenpflege oder das Lehramt oder das Pastorat doch zu zartbesaitet). Wenn Sie dann für die eigentlich nötigen Klärungsgespräche nicht die Zeit aufbringen können – oder sich selbst allzugut in der Problematik wiedererkennen –, dann kann es ratsam sein, den Fall an die beratenden Professionen weiterzuverweisen. Ohne Erfolgsgarantie, versteht sich.

Wird Burnout überhaupt häufiger?

Das weiss niemand genau. Es wird zweifellos mehr davon geredet. Die Karriere des Begriffs war von atemberaubender Steilheit, das schon. Nur zu Zeiten, als „Komplexe“, die „Managerkrankheit“ oder die „Mid-life Crisis“ die heissen Themen des Tages waren, fühlte sich auch jedermann sogleich davon befallen. Mit geschärftem Blick und im Besitz einer neuen Vokabel sieht man halt mehr als vorher.

Was es gibt, sind grosse, teils internationale Studien über „Berufsstress“ und seine Folgen. Schauen wir behelfsweise, was sich dort ergeben hat.

BURNOUT

Schaufeli & Enzmann⁶ (S. 8-11) berichten zunächst alarmierende Zahlen zur Auftretenshäufigkeit. So fand beispielsweise eine 1993 publizierte Umfrage, dass mehr als drei Viertel aller amerikanischen ArbeitnehmerInnen ihre Arbeit als *stressful* empfinden und glauben, dass das immer stärker wird.

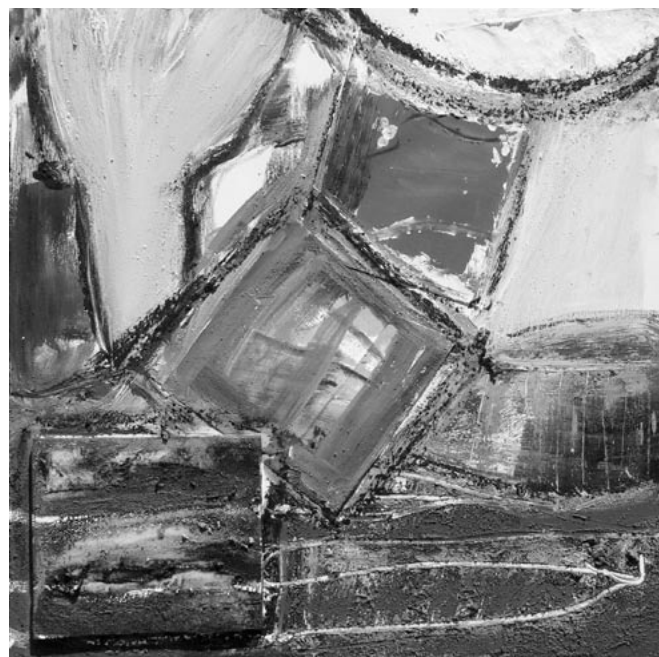
Dann Zahlen zum Trend. So stieg zwischen 1982 und 1985 im Vereinigten Königreich die Zahl stressverursachter Krankentage signifikant an. Eine andere Untersuchung fand für Fehlzeiten wegen „Nervosität, Schwäche und Kopfschmerzen“ in Grossbritannien zwischen 1955 und 1979 einen Anstieg um mehr als das Fünffache. Eine amerikanische Versicherungsgesellschaft beobachtete einen Anstieg stressverursachter Krankheiten von 13% im Jahre 1985 auf 25% 1991. Arbeitsunfähigkeit wegen psychischer Störungen wurde in Belgien, Deutschland und den Niederlanden zunehmend häufiger bescheinigt, die steilste Kurve erlebten die Niederlande: etwa 10% Zuwachs pro Jahrzehnt. In den USA stieg der Anteil stressbezogener Frühpensionierungen von 5% 1980 auf 15% 1989. Dort führt der Staat Kalifornien: 1988 gab es mehr als fünfmal so viele *mental health claims* pro ArbeitnehmerIn wie 1979, während z. B. die Häufigkeit von Verletzungen, die zu bleibenden Behinderungen führten, um 8% zurückging.

Nun sind solche Zahlen mit Vorsicht zu geniessen. Sie spiegeln zumindest teilweise die Arbeitsmarktlage, die Rentengesetzgebung, die Begutachtungs- und die diagnostischen Gewohnheiten der Ärzteschaft, und vieles

mehr, was im Flusse ist. Es ist daran zu erinnern, dass unsere holländischen Nachbarn sich in den sechziger Jahren überaus großzügige Pensionierungsregelungen genehmigt hatten, die dann, als sie zu offensichtlich unbezahlbaren Verhältnissen geführt hatten, in den Neunzigern wieder einkassiert wurden⁷. Was mich dennoch an einen Anstieg glauben lässt, ist die Gleichförmigkeit der Trends in sehr verschiedenen Ländern, darunter auch sog. „Schwellenländern“ wie Indien oder Brasilien.

Welche Rolle spielen die gesellschaftlich-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen?

Nichts ist so konstant wie der Wandel, hiess es noch vor kurzem. Nicht einmal das stimmt mehr: Er beschleunigt sich nämlich. Und zwar innerhalb aller „Zwiebelschalen“, in die das Phänomen Burnout eingebettet ist: Die universale, die gesellschaftlich/wirtschaftliche, die organisationale und die zwischenmenschliche. Das wäre ein längeres Thema. Hier nur soviel: In sehr vielen Volkswirtschaften geht es „objektiv“ bergauf, man lebt nach den „objektiven“ Indikatoren jedenfalls besser als vor Jahrzehnten. Wieso dann der weltweite Anstieg psychischer Störungen (der mancherorts auch durch erstmalige Aufmerksamkeit auf derlei zu erklären wäre)? Meine Vermutung: Der Mensch verkraftet Veränderungen nur langsam. Und er vergleicht seine



*"Aus den Fugen geraten." Mischtechnik auf Leinwand
Elsbeth Moll Mongiusti, Kienberg*

BURNOUT

jetzige Lage am nachdrücklichsten mit seinem eigenen Erfahrungshorizont: Dass es in Afrika nicht so verrückt bergauf ging (weit weg), dass die Großeltern noch viel bescheidener lebten (lang her), das stabilisiert das Lebensgefühl viel weniger als es die allgemeine Unberechenbarkeit unterminiert.

Und die Unberechenbarkeit speziell der beruflichen und wirtschaftlichen Zukunft: Diese halte ich für den epochenspezifischen Burnout-Faktor⁸. Dass unermüdlicher Einsatz in einem Beruf, für den man Begabung und Neigung mitbringt, nicht einmal für Erfolg dortselbst, zu schweigen von gesichertem Alter, garantiert: Das ist der allgemeingesellschaftliche Burnout-Faktor der „westlichen“ Kulturen zur Zeit. Das wird noch viel Geld und viele ÄrztInnen noch viel Behandlungszeit kosten.

Bleibt das so?

Wer weiss, vielleicht ist derlei Kulturpessimismus verfrüht; er war es oft. Der Mensch ist eine anpassungsfähige Species. Vor 100 Jahren sprach man vom „rasenden Tempo der Neuzeit“, welches die Nerven der Zeitgenossen heillos zerrütten werde, bloss weil beispielsweise Automobile im 20-km/h-Tempo die Dorföhner aufscheuchten.

Wahrscheinlich stehen wir in West- wie Osteuropa in einer gewaltigen Umbruchphase, was Werte und Anforderungsprofil betrifft. Die nächste Generation wird „Wissensbasiertheit“ fast aller Berufe, globalen Konkurrenzdruck und Unberechenbarkeit der persönlichen Zukunft von Kindesbeinen an als den normalen Stand der Dinge kennenlernen. Was das dann für die Persönlichkeitsentwicklung bedeuten wird, ist eine andere Frage. Was aus denen wird, die dabei nicht mithalten können, aus welchen Gründen auch immer, ebenfalls.

Was können wir tun?

Ich möchte diesen Artikel nicht abschliessen, ohne eine bescheiden gemeinte, vielleicht etwas abrupt wirkende Empfehlung auszusprechen. Wer weiss, wann wir uns wieder sprechen. Von uns ÄrztInnen und PsychologInnen erwartet die Klientel auch heute noch, mehr oder weniger gut getarnt, die Vorbild-, Leuchtturm-, „Fels-in-der-Brandung“-Rolle, die früher vielleicht der Pfarrer oder Priester ausfüllte, so gut er konnte. Ich persönlich halte diese Erwartung für immerhin legitim. Wer ihr nicht wenigstens ein *bisschen* entsprechen möchte, wird zu Viele enttäuschen müssen. Zwischen „zu viel des Guten“ und „zu wenig“ liegt ein schmaler Grat.

Um das gut bewältigen zu können, ist uns in den heilenden, pflegenden und beratenden Berufen als Kernaufgabe die *Selbstpflege*² auferlegt. Das wäre ein weiteres grosses Thema, gerade für LeserInnen des Oekoskop, die ich mehrheitlich in der politischen Aktiviertheit vermute. Scheitern wir an dieser Aufgabe, dann ist unsere Wirksamkeit auch nach außen früher oder später in Frage gestellt – manchmal abrupt, manchmal als langsam fallende Kurve. Machen wir uns das klar!

Prof. Dr. Matthias Burisch, Fachbereich Psychologie Universität Hamburg, von-Melle-Park 5, D-20146 Hamburg, burisch@uni-hamburg.de

*Der vorliegende Aufsatz basiert in Auszügen auf dem Buch *Das Burnout-Syndrom*, das im Herbst 2005 als erweiterte 3. Auflage bei Springer (Heidelberg) erscheint.

Literatur

- 1 Bates, E. (1982). Doctors and their spouses speak: Stress in medical practice. *Sociology of Health and Illness*, 4, 25-39.
- 2 Burisch, M. (1987). Das Burnout-Syndrom: Was es ist, woher es kommt und was man dagegen tun kann. *Deutsche Krankenpflege-Zeitschrift*, 40, (10), Beilage, 1-6.
- 3 Domenighetti, G., Quaglia, J., Fahlaender, A., Tomamichel, M. & Kiener, A. (2004). Health effects of stress and insecurity among employees in the banking sector. *Cahiers de Recherches Économiques*, No. 4.14, Université de Lausanne.
- 4 Golembiewski, R.T., Boudreau, R.A., Munzenrider, R.F. & Luo, H. (1996). *Global Burnout: A Worldwide Pandemic explored by the Phase Model*. Greenwich, C.T.: JAI Press.
- 5 Rösing, I. (2003). *Ist die Burnout-Forschung ausgebrannt?* Heidelberg: Asanger.
- 6 Schaufeli, W.B. & Enzmann, D. (1998). *The burnout companion to study & practice*. London: Taylor & Francis.
- 7 Schaufeli, W.B. & Kompier, M.A.J. (2001). Managing job stress in the Netherlands. *International Journal of Stress Management*, 8, 15-34.
- 8 Sparks, K., Faragher, B. & Cooper, C.L. (2001). Well-being and occupational health in the 21st century workplace. *Journal of Occupational and Organizational Psychology*, 74, 489-509.
- 9 Stern, K. (1996). Ende eines Traumberufs? Lebensqualität und Belastungen bei Ärztinnen und Ärzten. Münster: Waxmann.

GESUND BEWEGT – ERFAHRUNGEN IN DER UMSETZUNG

Dr. med. Max Handschin, Projektleiter "Gesund bewegt", Gelterkinden

In der Ausgabe 1/2004 haben wir erstmals über unser Projekt „Gesund bewegt“ berichtet. Nach einhalb Jahren stecken wir nun mitten in der Umsetzung und möchten einen ersten kurzen Erfahrungsbericht abgeben.

Was will Gesund bewegt?

Uns geht es darum, den Langsamverkehr zu fördern und gleichzeitig inaktive PatientInnen zu mehr körperlicher Bewegung anzuregen. Mit dem Pilotprojekt testen wir in der Nordwestschweiz ein Vorgehen, inaktive Personen systematisch in der Arztpraxis zu erfassen, sie auf ihre Inaktivität anzusprechen und eine Bewegungsberatung durch ausgebildete ÄrztInnen bzw. PhysiotherapeutInnen anzubieten. Während mehreren zweiwöchigen Befragungszyklen werden PatientInnen im Alter von 16 bis 65 Jahren vor der Arztkonsultation mittels Fragebogen zu ihrem Bewegungsverhalten befragt und in der Sprechstunde vom Arzt/von der Ärztin als körperlich aktiv oder inaktiv beurteilt. In der jeweils ersten Woche erhalten alle inaktiven Personen eine Informationsbroschüre über Bewegung im Alltag und Gesundheit. In der zweiten Woche wird allen Inaktiven, die in dieser Woche die Praxis aufsuchen, sowohl die Informationsbroschüre als auch ein Gutschein für eine Bewegungsberatung bei ausgebildeten BewegungsberaterInnen angeboten, sei dies ein/e ÄrztIn oder ein/e PhysiotherapeutIn. Bei der Auswertung des Projektes soll so untersucht werden, ob das Beratungsangebot mehr Wirkung zeigt als die Informationsbroschüre allein.

Stand der Teilnahme von Arztpraxen und Erfahrungen

Nach einer längeren und sehr intensiven Rekrutierungsphase ist es uns gelungen, über 30 Arztpraxen für eine Teilnahme am Projekt zu motivieren. Davon sind 5 KollegInnen zertifizierte BewegungsberaterInnen, welche die Ausbildung des Bundesamts für Sport (www.ratzurtat.ch) mit Online-Prüfung und Ausbildungsworkshop abgeschlossen haben. Die übrigen KollegInnen delegieren die Bewegungsberatung an eine/n der 14 ausgebildeten PhysiotherapeutInnen. Die Hauptarbeit liegt bei allen Praxen in der Organisation der Befragung der PatientInnen, in der Beurteilung der Inaktivität durch den Arzt/die Ärztin und dem kurzen Gespräch mit den PatientInnen über ihre Inaktivität und die entsprechenden Angebote.

Die Erfahrungen und Meinungen der teilnehmenden ÄrztInnen und Praxisassistentinnen werden derzeit mittels telefonischer Nachbefragungen durch das Institut für Sozial- und Präventivmedizin Basel erhoben. Die Rückmeldungen zeigen, dass das Projekt im Allgemeinen gut in den Praxisalltag integrierbar ist. So braucht die Mehrzahl der befragten KollegInnen für die Beurteilung der Inaktivität und das kurze Gespräch eine halbe bis fünf Minuten. Voraussetzung für diese gute Integration ist jedoch, dass Befragungen nicht zu oft und nicht gerade während einer Grippewelle oder ähnlichen den Praxisalltag belastenden Ereignissen stattfinden. In einzelnen wenigen Praxen hat sich die Durchführung des Projekts als zu schwierig erwiesen, was meist mit der spezifischen Struktur der Praxis zu tun hatte.

Eine wichtige Hürde für die Teilnahme am Projekt erscheint uns der Einstieg. Vielen KollegInnen ist der Aufwand, sich mit dem Projekt näher auseinander zu setzen – die genauen Ziele, den Ablauf und die Organisation kennen zu lernen – zu gross, da ihre Zeit knapp und der Kopf dafür nicht frei ist. Zudem haben wir festgestellt, dass die anfänglich geplanten Informationsabende schwierig durchzuführen sind. Viel besser hat sich bewährt, dass wir die einzelnen KollegInnen zusammen mit ihren Praxisassistentinnen persönlich und direkt in ihrer Praxis ins Projekt einführen. Das dauerte kaum mehr als 30 Minuten, vor allem wenn das Einführungsdossier vorher kurz studiert wurde.



GESUND BEWEGT



Aus unserer Sicht liegt dies möglicherweise daran, dass viele Inaktive nicht ausreichend motiviert sind und die Beratung durch eine Person, die sie nicht kennen, eine zusätzliche Hürde darstellt. In diese Richtung weist auch die Tatsache, dass mehr Gutscheine bei beratenden ÄrztInnen bzw. dort, wo PhysiotherapeutIn und ÄrztIn in der gleichen Praxis tätig sind, eingelöst wurden.

Stand der Befragungen und Evaluation

Bis Anfang 2005 konnten bereits 3235 PatientInnen zu ihrem Bewegungsverhalten befragt werden, dies entspricht 28% der PatientInnen, die eine Praxis aufgesucht haben. Für das recht häufige Nicht-Ausfüllen des Fragebogens gibt es verschiedene Gründe. Der wichtigste Grund ist das Alter: 48% der PatientInnen, die nicht befragt wurden, gehören nicht dem Zielpublikum der 16- bis 65jährigen an. Zudem haben 17% der PatientInnen schon bei einer früheren Konsultation den Fragebogen bereits ausgefüllt.

Von den 3235 befragten PatientInnen wurden etwa 23% als inaktiv eingestuft, was – unter Berücksichtigung der leicht unterschiedlichen Definitionen – den Zahlen des Bundesamts für Sport entspricht. Bei 10% der Inaktiven wurde aufgrund eines Gesundheitsrisikos auf die Abgabe der Broschüre oder des Beratungsgutscheins verzichtet. 640 Inaktive (82%) bekamen eine Broschüre bzw. einen Gutschein angeboten. Da sich für die letzten Befragungen zusätzliche ÄrztInnen gefunden haben, rechnen wir bis zum Ende der Befragungen im Juni 2005 mit insgesamt 6000 befragten PatientInnen.

Obwohl das Angebot für die Bewegungsberatung kostenlos ist, wurden bisher nur wenige Gutscheine angenommen und noch weniger Gutscheine eingelöst.

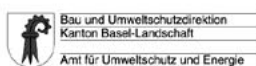
Die Praxistauglichkeit des Projektes zu prüfen ist ein zentrales Ziel von „Gesund bewegt“. Die Tatsache, dass PatientInnen in der Arztpraxis auf ihr Bewegungsverhalten angesprochen werden, stellt selbst schon eine Intervention dar, die ihren Effekt haben kann. Wir sind daher sehr gespannt auf die Ergebnisse der Nachbefragung, die im Februar dieses Jahres begonnen hat. Dabei werden den PatientInnen 12 Monate nach der Erstbefragung die gleichen Fragebogen zugeschickt. Die Ergebnisse einer ersten Serie von 50 antwortenden PatientInnen zeigen insgesamt ein gesteigertes Bewegungsverhalten sowohl bei Aktiven als auch bei Inaktiven und – vorwiegend bei Inaktiven – eine erhöhte Nutzung des Langsamverkehrs. Das heisst, die Inaktiven geben an, mehr zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs zu sein. Ob diese Resultate in der Gesamtauswertung bestätigt werden können, muss sich nach Auswertung aller Nachbefragungsdaten zeigen. Wir freuen uns darauf, im nächsten Bericht mehr zu den Erfahrungen und Ergebnissen des Projekts mitteilen zu können.

Weitere Informationen finden Sie auf www.gesundbewegt.ch

Oder direkt bei: Dr. med. Max Handschin, Gelterkinden, Tel. 061 985 95 55, mdhandschin@tiscali.ch und Frau Meltem Kutlar Joss, ecos, meltem.kutlar@ecos.ch

Gesund BEWEGT. Ein Pilotprojekt der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, Sektion beider Basel

Mit freundlicher Unterstützung von



SCHUTZ BEI HITZEWELLE

Informationsmaterialien von BAG und BUWAL

Rita Moll, Andreas Biedermann

Der Hitzesommer 2003 hat auch in der Schweiz Todesopfer gefordert. Eine neue Studie stellt für die Monate Juni bis August 03 eine Zunahme der Sterblichkeit von 7% fest, das bedeutet verglichen mit anderen Jahren 975 zusätzliche Todesfälle. Betroffene waren vor allem ältere Menschen.

Es ist anzunehmen, dass die erwartete Klimaänderung vermehrt zu Hitzewellen führen wird. Das Bundesamt für Gesundheit BAG und das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft BUWAL geben unter dem Motto „Schutz bei Hitzewelle“ Informationsmaterialien heraus, die Angehörige, Pflegepersonal und Ärzteschaft zu vermehrter Aufmerksamkeit für die gesundheitlichen Risiken der Hitze und die entsprechende Vorsorge sensibilisieren. Betagte und Pflegebedürftige benötigen an Hitzetagen spezielle Zuwendung und Betreuung, um diese Krisenzeit unbeschadet zu überstehen.

Alle Rekorde gebrochen

Der Hitzesommer 2003 hat alle Rekorde gebrochen und ist als der heisseste Sommer der letzten 500 Jahre registriert worden. Grosse Teile Europas lagen im Einflussbereich von Hochdruckgebieten mit aussergewöhnlicher Intensität, die Zufuhr von sehr warmer Luft brachten. Höchsttemperaturen von mehr als 35 Grad Celsius waren keine Seltenheit und belasteten die Gesundheit der Bevölkerung. Die extrem hohen Temperaturen und die starke Sonneneinstrahlung bewirkten zudem sehr hohe Ozonwerte.

Die aussergewöhnliche Hitze machte vielen Menschen zu schaffen. Frankreich war am stärksten betroffen: Während der Hitzewelle waren rund 15'000 zusätzliche Tote zu beklagen. Über 60% der Todesfälle traten in Altersheimen und Spitälern auf. Auch aus anderen Ländern wurden vermehrte Todesfälle gemeldet.

Eine neue Studie des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Basel untersuchte die Situation in der Schweiz und kam zum Schluss, dass verglichen mit anderen Jahren während den Sommermonaten 975 (7%) zusätzliche Todesfälle auftraten. Besonders betroffen waren ältere Personen und BewohnerInnen der Städte Basel, Genf und Lausanne.

Ursachen des Klimawandels

- Das Klimasystem der Erde hat sich nachweislich verändert.
- Die Rolle der Menschen als Hauptverursacher der Klimaerwärmung ist kaum mehr bestritten.
- Die Verbrennung fossiler Energieträger (Benzin, Diesel, Kerosin, Erdöl, Erdgas und Kohle) in Verkehr, Haushalten und Industrie, sowie die Intensivlandwirtschaft produzieren die klimawirksamen Treibhausgase Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und Lachgas (N₂O).
- Die grossflächige Waldzerstörung in den Tropen trägt zur Klimaerwärmung bei.

Städte können Hitzefallen sein

Von grosser gesundheitlicher Bedeutung sind nicht nur die Tageshöchstwerte sondern auch die hohen nächtlichen Temperaturen. In den Häuserschluchten der Städte findet wenig Luftzirkulation statt, die Bauten und Strassen speichern die Hitze des Tages. Die wohltuende nächtliche Abkühlung bleibt aus. In den Städten Basel und Genf stieg im Sommer 2003 das Thermometer an einzelnen Tagen sogar über 35° C am Tag und sank nicht unter 20° C in der Nacht. Dies dürfte die Erklärung dafür sein, weshalb in diesen Städten vermehrt Todesfälle auftraten.

Durch kluge Planung und Gestaltung kann im Siedlungsbau den Gefahren der Hitze vorgebeugt werden: Grünflächen, Pärke und Alleen sowie eine gute Luftzirkulation wirken ausgleichend auf Temperaturspitzen und machen die Hitze erträglicher.

Gesundheitliche Auswirkungen

- Die Klimaänderung stellt eine Gefahr für die Gesundheit dar.
- Die arme Bevölkerung der Tropen und Subtropen wird am stärksten von der Zunahme von Wetterextremen wie Dürren oder heftigen Niederschlägen mit Überschwemmungen betroffen sein.
- Aber auch die Menschen in Ländern mit hohem technologischen Standard, guter medizinischer Versorgung und ausreichenden Finanzen werden mit den Folgen der Klimaänderung konfrontiert sein: Hitzewellen und heftige Regengüsse werden mit der globalen Erwärmung zunehmen. Hitzestress und Überschwemmungen oder Erdbeben gefährden die Gesundheit.
- Hohe Temperaturen und starke Sonneneinstrahlung begünstigen die Ozonbildung und führen regelmässig zu erhöhten Ozonwerten. Die Folgen sind Schleimhautreizungen, Entzündungsreaktionen in den Atemwegen, Einschränkung der Lungenfunktion und Beeinträchtigung der körperlichen Leistungsfähigkeit.
- Mit einer weltweiten Verschiebung der Klimazonen können Krankheitsüberträger wie Stechmücken und Zecken in neue Lebensräume vorstossen und dort die entsprechenden Infektionskrankheiten verbreiten.
- Pflanzen blühen früher im Jahr, was die Pollensaison verlängert und für Personen mit Asthma oder Heuschnupfen einen längeren Zeitraum mit gesundheitlichen Beschwerden bedeutet.
- Mit zunehmenden Temperaturen können sich Pflanzen mit allergischem Potenzial in Gebieten ansiedeln, wo sie bisher nicht heimisch waren. Ambrosia (*Ambrosia artemisiifolia*) zum Beispiel hat sich in der Region Genf und Tessin massiv ausgebreitet. Es ist zu erwarten, dass diese Pflanze weiter nach Norden vorrückt und auch höhere Lagen besiedeln wird.
- Während der Sommermonate treten Nahrungsmittel übertragene Krankheiten gehäuft auf. Wärmere Klimabedingungen könnten zusammen mit ungeeigneter Aufbewahrung der Speisen zu einer Zunahme von Magen-Darm-Infektionen führen.

Ältere Menschen und Pflegebedürftige besonders betroffen

Eine stärkere Wärmebelastung kann Wohlbefinden, Schlafqualität, Leistungsfähigkeit und Psyche von Menschen aller Altersstufen beeinflussen. Ältere Personen besitzen zudem generell eine schlechtere Wärmeregulation des Körpers, sie schwitzen weniger und haben ein vermindertes Durstgefühl. Das unbeschadete Überstehen von Hitzewellen setzt Kenntnisse über die gesundheitlichen Gefahren voraus und die Fähigkeit, für sich selbst geeignete Massnahmen zu treffen. Bereits geschwächte, kranke oder behinderte Personen, Menschen die alleine leben und sozial isoliert sind, psychisch Kranke und Menschen, die Beruhigungsmittel zu sich nehmen, können oft nicht auf die Anzeichen von Hitzestress reagieren.

Dies trifft in besonderem Mass auf alte Menschen zu. Aus eigenem Antrieb sind sie oft nicht in der Lage, auf die hohe Temperatur zu reagieren und das verminderte Durstgefühl warnt sie nicht vor beginnendem Flüssigkeitsverlust. Das macht Betagte und auch Pflegebedürftige zu den am meisten gefährdeten Bevölkerungs-

gruppen. Herz und Kreislauf sind schnell überfordert. Blutdruck, Herz- und Atemfrequenz steigen. Flüssigkeitsverlust, Überwärmung, Ermattung, Bewusstlosigkeit, Hitzekrämpfe und Todesfälle sind die gefährlichen Konsequenzen.

Betagte und Pflegebedürftige sind auf Hilfe angewiesen

Der Hitzesommer 2003 dürfte kein Einzelfall bleiben, sondern die erwartete Klimaänderung wird in Mitteleuropa künftig vermehrt zu Hitzewellen führen. Das Bundesamt für Gesundheit BAG und das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft BUWAL haben deshalb in Zusammenarbeit mit den Ärztinnen und Ärzten für Umweltschutz unter dem Motto „Schutz bei Hitzewelle“ Informationen erarbeitet, um die älteren und pflegebedürftigen Menschen zu schützen. Ziel ist es, Angehörige, Pflegende und die Ärzteschaft auf die gesundheitlichen Gefahren aufmerksam zu machen und für eine spezielle Vorsorge zu sensibilisieren, denn die gefährdete Bevölkerung braucht an Hitzetagen besondere Zuwendung und Betreuung.

Heisse Tage – kühle Köpfe

Die neu herausgegebenen Informationsmaterialien von BAG und BUWAL machen auf die Gefahr von Hitzewellen aufmerksam und ermöglichen die gezielte Vorsorge zum Schutz der gefährdeten Bevölkerung:

Das Merkblatt „Heisse Tage – kühle Köpfe“ orientiert praxisbezogen über wichtige Vorsorgemassnahmen zu Hause oder in Altersheimen und Spitälern, listet die Symptome von Hitzefolgen auf und gibt Handlungsanweisungen für Krisensituationen.

Ein Plakat fasst die wichtigsten Regeln für Hitzetage zusammen: Körperliche Anstrengungen vermeiden, Wohnung und Körper möglichst kühl halten, viel trinken und erfrischende, kalte Speisen zu sich nehmen. Gut sichtbar aufgehängt in Altersheimen, Spitälern und Arztpraxen ist dieses Plakat eine wichtige Sensibilisierungshilfe.

Wer sich intensiver mit dem Thema Hitzewellen und Klimaänderung befassen möchte, hat 3 Faktenblätter zur Verfügung, die Auskunft geben über Fragen zu Ursachen und Auswirkungen der Klimaänderung sowie Anregungen für Massnahmen zum Schutz des Klimas.

Hitzewellen stellen eine nicht zu vernachlässigende Gefahr für ältere und pflegebedürftige Personen dar. Ein Schutz ist möglich mit wenigen, einfachen Massnahmen. Die Sorge um die Gesundheit der gefährdeten Menschen während Hitzetagen geht uns alle an.

Rita Moll, Geschäftsleiterin Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, Böckten.

Andreas Biedermann, Projektleiter „Schutz bei Hitzewelle“, Mitglied der Geschäftsleitung der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, Herzogenbuchsee

Das Plakat und das Merkblatt finden Sie als Beilage in diesem Oekoskop.

Die Informationsmaterialien zum Thema „Schutz bei Hitzewelle“ finden Sie unter www.hitzewelle.ch

Bestelladresse: Gesundheit und Umwelt, Bundesamt für Gesundheit BAG, 3003 Bern

Massnahmen zum Schutz des Klimas

- Die Klimaänderung mit ihren weitreichenden Folgen für Mensch und Natur zu vermindern ist eine weltweite Herausforderung.
- Jedes Land, jedes Unternehmen, jeder Haushalt kann und soll zur Reduktion der Treibhausgase beitragen.
- Die meisten Treibhausgasemissionen der Schweiz stammen aus dem Verkehr und dem Gebäudebereich.
- Lösungen für den Klimaschutz sind im Grossen wie im Kleinen vorhanden: sparsamere Fahrzeuge, öffentliche Verkehrsmittel, gut isolierte Gebäude, Holzheizungen und Warmwasserkollektoren, Produkte mit kurzen Transportwegen sind einige Beispiele.
- Jede und jeder kann diese Möglichkeiten nutzen und zur Minderung der Klimaänderung beitragen sowie sich bei politischen Entscheiden für den Klimaschutz stark machen.

TERMINKÄRTCHEN/REZEPTBLÄTTER

ÄRZTINNEN UND ÄRZTE FÜR UMWELTSCHUTZ

TERMINKÄRTCHEN UND REZEPTBLÄTTER – JETZT BESTELLEN!

Liebe Mitglieder

Sie haben bereits Tradition und viele von Ihnen verwenden sie: unsere Terminkärtchen und Rezeptblätter. Die Druckkosten bei Einzelbestellungen sind horrend. Damit wir die Preise für Sie nicht massiv erhöhen müssen, um die Produktionskosten decken zu können, geben wir etwa viermal jährlich Sammelbestellungen auf.

Für Lieferung ca. Ende August 2005 jetzt oder bis spätestens 29.7.2005 bestellen!

Mindestbestellmenge: 500 Stk.

Preise: Terminkärtchen: 500 Stk. Fr. 120.–; 1000 Stk. 200.–; je weitere 500 Stk. Fr. 50.–

Rezeptblätter: 500 Stk. Fr. 70.–; 1000 Stk. 110.–; je weitere 500 Stk. Fr. 30.–

zuzüglich Porto und Verpackung.

Musterkärtchen finden Sie unter www.aefu.ch

Bestelltalon (einsenden an: Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, Postfach 111, 4013 Basel, Fax 061 383 80 49)

Ich bestelle:

..... Terminkärtchen „Leben in Bewegung“

..... Terminkärtchen „Luft ist Leben!“

..... Rezeptblätter mit AefU-Logo

Folgende Adresse à 5 Zeilen soll eingedruckt werden (max. 6 Zeilen möglich):

..... Name / Praxis

..... Bezeichnung, SpezialistIn für...

..... Strasse und Nr.

..... Postleitzahl / Ort

..... Telefon

Name:

Adresse:

Ort / Datum: Unterschrift:

Forum Medizin und Umwelt

Donnerstag 24. November 2005

Hotel Arte Olten

Thema: Klimaänderung

Organisiert von:

Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz

Institut für Sozial- und Präventivmedizin
der Universität Basel

Public Health Schweiz

AZB 4153 REINACH

Adressberichtigung melden

Adressänderungen: Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, Postfach 111, 4013 Basel

ÄRZTINNEN
UND ÄRZTE FÜR
UMWELTSCHUTZ
MEDECINS EN FAVEUR DE
L'ENVIRONNEMENT
MEDICI PER
L'AMBIENTE



IMPRESSUM

Redaktion/Gestaltung:

Layout/Satz:

Druck/Versand:

Abonnementspreis:

OEKOSKOP

Fachzeitschrift der Ärztinnen
und Ärzte für Umweltschutz

Postfach 111, 4013 Basel

Postcheck: 40-19771-2

Tel. 061 322 49 49

Fax 061 383 80 49

E-mail: info@aefu.ch

<http://www.aefu.ch>

Dr. Rita Moll,

Hauptstr. 52, 4461 Böckten

Tel. 061 9813877, Fax 061 9814127

Ginette Geiser, 4056 Basel

WBZ, 4153 Reinach

Fr. 30.- (erscheint viermal jährlich)

Die veröffentlichten Beiträge widerspiegeln die Meinung der VerfasserInnen und decken sich nicht notwendigerweise mit der Ansicht der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz. Die Redaktion behält sich Kürzungen der Manuskripte vor. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.